

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst-abbote 1.80 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72206 — Postcheckkonto Leipzig Nr. 534 77	Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telefon 72206. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206	Inseratenpreise: Die 10geleit. Kolonelle 35 Pf., bei Platzvorkauf 40 Pf., Stellenangebote 10geleit. Kolonelle 25 Pf. Familiennachrichten von Privatent die 10geleit. Kolonelle mit 50% Nachlag. Reklameseite 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10geleit. Kolonelle 40 Pf. bei Platzvorkauf, 50 Pf., Reklameseite 2.25 Mk.
--	--	--

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Friedrich „der Große“ und Stresemann

Beide in Genf

Der ungarisch-rumänische Streitfall

SPD Genf, 9. März.

Die ungarische Optantenfrage führte am Freitag zu fast dramatischen und an die bedeutendsten prinzipiellen Probleme des Völkerbundes und des modernen Völkerrechts rührenden Auseinandersetzungen. In einer Vespredung, die die Ratsmitglieder ohne Rumänien am Donnerstagabend bei dem Generalsekretär des Völkerbundes abgehalten hatten, hatten sich Stresemann und der Italiener für eine Entscheidung in der Optantenfrage durch internationale Gerichtsbarkeit eingesetzt. Im Verlauf dieser Sitzung wurde allen Ratsmitgliedern klar, daß es sich nicht mehr um eine kleine Minderheitenfrage oder nur um einen Streitfall zweier kleiner Staaten handelt, sondern daß es zu unübersehbaren politischen Konsequenzen führen würde, wenn der Rat sich zur Lösung dieser Frage unfähig erweisen würde. Chamberlain als Berichterstatter stellte deshalb in der Freitagssitzung einen neuen Lösungsvorschlag. Danach erkennt der Rat zwei neue neutrale Mitglieder zu dem im Friedensvertrag von Trianon vorgesehenen dreiköpfigen gemischten Schiedsgericht. Gleichzeitig hat die rumänische Regierung ihren zurückgezogenen Vertreter wieder einzusetzen. Während der Vorkühde zu einem Mehrheitspruch bisher stets die Stimme einer der gegnerischen Parteien brauchte, ist nunmehr das Urteil einer neutralen Mehrheit möglich. Mussolinis Delegierter leistete sich den peinlichen Antrag, hierüber in nichtöffentlicher Sitzung zu entscheiden, wurde aber sofort von Chamberlain und Briand scharf zurückgewiesen. Briand stellte fest, daß das Ansehen des Völkerbundes die Behandlung vor breiter Öffentlichkeit verlange. Im Namen des Friedens, im Namen Europas und um des Ansehens des Völkerbundes und des Rates willen lehnte Briand die Parteien um ihre Zustimmung an. Der Völkerbund sei aus der völligen Gleichberechtigung der kleinen und der großen Staaten begründet, aber die kleinen Staaten dürften ihn auch nicht mit Konflikten tyrannisieren, die zu Kriegselementen werden könnten. Ungarns Anspruch auf gerichtliche Regelung lehnte Briand grundsätzlich ab. Der Rat stünde in seinen Entscheidungen über alle Gerichtsbarkeit, er habe zu bestimmen, ob und wann ein Schiedsgericht einzugreifen habe, natürlich im Rahmen der Verträge, aber kein Schiedsgericht könne den Rat verhindern, seinen Weg zur Lösung zu suchen.

Dieser These Briands trat Stresemann entgegen. Allerdings wußte er keinen anderen zu zittern als Friedrich den Großen. Schon Friedrich der Große habe gesagt, daß Kriege in dem Augenblick unmöglich seien, wo eine mit der genügenden Autorität begabte internationale Gerichtsbarkeit für die Konflikte der Staaten bestünde. Der Vorschlag Chamberlains wurde vom Rat einstimmig angenommen.

In der Nachmittagsitzung lehnte Rumänien den neuen Vorschlag ab, während sich Ungarn mit vielem Dank vorbehaltlos dafür

entschied. Der Rumäne bemühte sich, seine Abweisung dadurch zu verdecken, daß er verlangte, daß das Schiedsgericht nur unter gewissen Bedingungen zu entscheiden habe. Bergedlich beschworen Chamberlain, Briand und Stresemann den Rumänen, doch nachzugeben. Der Rumäne stellte sich auf den Standpunkt, daß es unmöglich sei, daß über Angelegenheiten der rumänischen Souveränität von ausländischen Richtern geurteilt würde. Der Konflikt ist damit zu einem Konflikt zwischen dem Völkerbund und einem einzelnen Staat geworden. Staatsouveränität und internationale Schiedsgerichtsbarkeit stehen sich gegenüber.

Um 1/2 Uhr mußte die öffentliche Sitzung abgebrochen werden. Noch um 8 Uhr war es nicht gelungen, den Rumänen zur Annahme des Vorschlages zu bewegen.

Vertagung!

SPD Genf, 9. März. (Eig. Drahtber.)

Nach 24stündiger vertraulicher Beratung fand der Völkerbundsrat durch Vermittlung Briands und Stresemanns eine Formel, die der Rumäne wenigstens seiner Regierung zu unterbreiten verspricht. Der Vorschlag enthielt eine Einleitung, in welcher der Rat sagt, daß er noch immer auf dem Boden seiner früheren Empfehlungen stehe, darunter der vom September 1927, welche Wiederergleichungen Rumaniens nur soweit forderte, wie in Einzelfällen Ungarn wegen ihrer Nationalität entlassen worden seien. Die Einleitung bedeutet aber keinesfalls eine Bindung des Schiedsgerichts in seinem Urteil. Die beiden Parteien sollen sich bis zur nächsten Ratstagung äußern, auf deren Tagesordnung die seit 1923 schwebende Frage also wieder erscheinen wird.

In seiner Sonnabendabendung wird der Rat u. a. die Neuwahl der Saarregierung, darunter die Erbhauptwahl des endgültig zurückgetretenen Belgiers Lamberts, vornehmen.

SPD Genf, 9. März.

Es wurde beschlossen, die Resolution, dem Völkerbund treu zu bleiben, die an Brasilien und Spanien geht, auch an Costa Rica zu schicken, das seit einem Jahre nicht mehr dem Bunde angehört.

Heute Schluß

10. März.

Der Völkerbundsrat wird am heutigen Sonnabend seine gegenwärtige Session abschließen. Zur Verhandlung gelangt am Sonnabend noch der Bericht des für die ungarische Investitionsaffäre eingesetzten Dreier-Komitees. Wie bekannt wird, hat das Komitee in Anbetracht des umfangreichen Dokumentenmaterials keine abschließenden Bericht ausarbeiten können, sondern wird dem Rat eine Vertagung der Entscheidung auf die Juni-Tagung des Rates vorschlagen.

Sozialdemokratische Organisationsarbeit

Dem Bezirksparteitag zum Gruß

E. P. Im roten Rathaus der Leipziger Arbeiterschaft tritt morgen der Parteitag der Sozialdemokratie des Bezirks Leipzig zusammen, um die Bilanz der Organisationsarbeit eines Jahres zu ziehen und für die bevorstehenden Kämpfe zu rüsten. Die Reichstagswahlen stehen bevor. Da fällt der Sozialdemokratie umfangreiche Aufklärungs- und Werbearbeit zu, damit den Wählern, die gegen die Besitzlosen gerichtete Politik der Bürgerblockparteien des im Sterben liegenden Reichstags in Erinnerung zurückgerufen und ihre Stimmen für die Sozialdemokratie gewonnen werden.

Für den Reichstagswahlkampf im Bezirk soll der sozialdemokratische Bezirksparteitag den Auftakt geben, die Arbeitsfreude und den Werbeeifer der Parteimitglieder beleben und richtungweisend für die sozialdemokratische Wahlorganisation sein. Deshalb steht an der Spitze der Parteitagverhandlungen ein Referat über die politische Lage und die bevorstehenden Reichstagswahlen. Die Politik der bürgerlichen Parteien und des Bürgerblocks hat der Sozialdemokratie glänzendes Material geliefert, das es zu nützen gilt, wozu von der sozialdemokratischen Organisation unter möglichster Verwendung aller technischen Hilfsmittel der Aufklärungs-tätigkeit Vorbereitungen getroffen werden müssen.

Die Erfolge einer Arbeiterpartei, wie sie die sozialdemokratische ist, hängen nicht nur von der jeweiligen politischen Situation und der Nachlagerung der Klassen, sondern auch von der Stärke und Schlagfertigkeit der Parteiorganisation, von ihrem Funktionärkörper und von dem Grad des Klassenbewußtseins der Arbeiterschaft ab. Daß der Organisationsapparat der Sozialdemokratie des Leipziger Bezirks intakt ist und in der Organisation reges Leben pulsiert, davon zeugt der dem Bezirksparteitag gedruckte vorliegende Geschäftsbericht. Nach diesem ist die Zahl der Ortsvereine vom 1. Januar bis 31. Dezember 1927 von 231 auf 238 Ortsvereine und die Mitgliederzahl von 38 412 auf 38 803 gestiegen. Einem Zugang von 586 Mitgliedern steht eine Abnahme von 195 gegenüber, so daß eine Totalzunahme von 391 Mitgliedern verzeichnet werden kann. Das ist sicher kein überwältigender Mitgliederzuwachs, immerhin aber ein Anzeichen, daß sich die sozialdemokratische Partei nach einer Zeit der Krise im Leipziger Bezirk wieder in aufsteigender Linie bewegt.

Die Bezirkskasse weist in Einnahmen und Ausgaben im vergangenen Jahre 230 377,04 Mark auf. Unter den Einnahmen befinden sich an Mitgliedsbeiträgen 164 178,74 Mark; für internationale Marken wurden 16 070,25 Mark vereinnahmt und unter den Ausgaben befindet sich der abgesetzte Betrag von 73 000 Mark an den Parteivorstand in Berlin. Große Summen sind für die Agitations-, Bildungs- und Organisationsarbeit verwendet worden. Der Wahlfonds balanciert mit 47 761,31 Mark in Einnahmen und Ausgaben. Die bevorstehenden Wahlen erfordern, daß der Wahl- und Kampffonds gestärkt wird, denn den bürgerlichen Parteien werden Millionen für den Wahlkampf aus kapitalistischen Kreisen zuströmen, mit denen ein großer bürgerlicher Wahlerfolg erzielt werden soll. Das muß mifflingen. Den Geldfluten des kapitalistischen Bürgertums für den Wahlkampf muß die sozialdemokratische Arbeiterschaft nicht nur materielle, sondern auch moralische Opfer in Gestalt unermüdblicher Kleinarbeit für die Sozialdemokratie im Wahlkampf entgegensetzen.

Von der Bezirksorganisation ist der ungeheure Wert der geistigen Vertiefung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und der planmäßigen sozialistischen Bildungsarbeit schon seit langem erkannt worden. Neben dem in der Stadt Leipzig an der Schulung des Proletariats arbeitenden Arbeiterbildungsinstitut ist für die Außenbezirke der Bezirksbildungsausschuss tätig. Er hat in dem für ihn zuständigen Arbeitsgebiet durch seine bildenden Veranstaltungen über 30 000 Arbeiter und Arbeiterinnen im letzten Jahr erfaßt. Neben der Reichs- und Landespolitik ist von weittragender Bedeutung die politische Tätigkeit der Sozialdemokratie in den Gemeinden. In dem Kommunalsekretariat ist für die in den Gemeindevertretungen tätigen Genossen eine kommunalpolitische Stelle geschaffen worden, deren Tätigkeit außerordentlich befruchtend auf die sozialdemokratische Kommunalpolitik im Bezirk wirkt und den sozialdemokratischen Gemeindevertretern mit Rat und Tat zur Seite steht. Im Berichtsjahre haben zahlreiche Gemeindevertreter-Konferenzen stattgefunden, die zur Information und Weiterbildung der Kommunalpolitiker der Partei beigetragen haben. Sie besteht in 444 nichtbezirksfreien Gemeinden 462 Gemeindevertreter; in 139 Gemeinden bestehen Linksmehrheiten und außerdem sind 19 besoldete und 41 unbesoldete sozialdemokratische Bürgermeister vorhanden. Die bezirksfreien Städte Leipzig, Wurzen und Döbeln besitzen ebenfalls Linksmehrheiten, zu denen die Sozialdemokratische Partei den größten Prozentsatz Gemeindeverordneten stellt.

Gute Fortschritte hat die Beamtengruppe gemacht, die in Arbeitsgemeinschaften der Reichs-, Staats-, Gemeinde-

Buchdrucker-Schiedspruch

3.50 Mark Lohnerhöhung — 1 Jahr Laufzeit

SPD Berlin, 10. März. (Radio.)

In der Lohnstreitigkeit im deutschen Buchdruckgewerbe hat das Zentrallichtungsamt folgenden Schiedspruch gefällt:

1. Der Spitzenlohn wird von 32,50 Mk. pro Woche auf 36 Mk. pro Woche erhöht.
2. Diese Erhöhung gilt vom 1. April 1928 ab.
3. Der Lohnstarif läuft bis zum 31. März 1929 und kann erzwungen am 15. Februar 1929 zu diesem Termin gekündigt werden. Wird er zu dieser Frist nicht gekündigt, so läuft er je drei Monate mit schwebender Kündigungsfrist weiter.
4. Die Parteien haben sich gegenseitig bis zum 17. März, mittags 12 Uhr, über die Annahme des Schiedspruches zu erklären.

Der Schiedspruch befriedigt die Gehilfenschaft nicht. Die Vertreter der Gehilfen beraten zur Zeit (Sonnabend mittag) noch über ihre Stellungnahme zum Schiedspruch. (Vgl. die Notiz im Gewerkschaftsstell der V. B.)

In Berlin noch keine Entscheidung

SPD Berlin, 10. März. (Radio.)

Im Lohnkonflikt in der Berliner Metallindustrie liegt bis zur Stunde eine Entscheidung des Schlichters noch nicht vor.

Wahlengener Sturm auf die Futterkrippe

Der Soz. Pressedienst meldet: Die Versuche der deutschnationalen Reichstagsfraktion, noch vor ihrer Wahlniederlage mehrere Duzend deutschnationale Parteigänger in wichtigen Amisstellen des Reiches unterzubringen, sind nun endgültig gescheitert. Es sollen vor den Neuwahlen lediglich noch die sich aus der neuen Besoldungsordnung zwangsläufig ergebenden Beförderungen durchgeführt werden.

Gemeindewahlen in England

Die Arbeiterpartei erfolgreich

SPD London, 9. März.

Die nunmehr vorliegenden endgültigen Ergebnisse der Londoner Municipalwahlen (Grafchaftswahlen) zeigen, daß sowohl konservative wie Liberale Verluste erlitten haben, während die Arbeiterpartei die Anzahl ihrer Sitze um 25 Prozent zu vermehren vermochte. Die Municipal-Reform-Partei, der Name, den sich die Konservativen im letzten Wahlkampf beilegen, haben drei Sitze neu gewonnen und 10 verloren. Ihr absoluter Verlust beträgt somit 7 Sitze. Die Liberalen haben drei Sitze neu gewonnen und 5 bisherige Sitze verloren, also einen Gesamtverlust von einem Sitz erlitten. Dieser Verlust der Liberalen ist um so bemerkenswerter, als die Liberalen doppelt so viel Kandidaten im Felde hatten wie bei den letzten Wahlen. Die Arbeiterpartei hat 13 Sitze neu gewonnen und 5 davon 3 durch Schuld der Kommunisten — verloren. Der Gesamtgewinn der Arbeiterpartei beträgt 8 Sitze. Der Stand der Partei im neuen Londoner Parlament ist: Konservative 77, Arbeiterpartei 42, Liberale 6 Sitze. Die bisherige Zusammenfassung lautete: Konservative 84, Arbeiterpartei 34, Liberale 6.

Der Versuch der Kommunisten, durch erstmalige Aufstellung eigener Kandidaten in die lokale Verwaltung einzudringen, endete mit einem völligen Fiasko. Kein einziger Kommunist oder mit den Kommunisten sympathisierender sogenannter unabhängiger Kandidat ist gewählt worden. Die kommunistischen Kandidaten stehen, was die Anzahl der für sie abgegebenen Stimmen anbelangt, an letzter Stelle. Das einzige Ergebnis der kommunistischen Intervention besteht in einer Stärkung der bürgerlichen Front. In einem Distrikt führte die Aufstellung eines kommunistischen Kandidaten zum Verlust zweier Arbeitersitze an die Konservativen. In einem anderen Distrikt zum Verlust eines bisherigen sozialistischen Sitzes an die Liberalen. Der sozialistische Daily Herald begrüßt zwar den Zuwachs, den die Arbeiterpartei aus den Grafenschaftswahlen erfährt, bedauert jedoch, daß die bei den Municipalwahlen in England herrschende Apathie und Wahlenthaltung weiter Wählerverluste eine weitere dreijährige Herrschaft in der lokalen Verwaltung mit sich gebracht habe.